



## **AFRIKA/SAMBIA - Bischöfe: „Beziehungen zwischen Kirche und Regierung sind gut, doch es bedarf größeren Augenmerks für schwache Bevölkerungsgruppen“**

Lusaka (Fidesdienst) - In einem gemeinsamen Hirtenbrief zur Lage des Landes, lehnen die katholischen Bischöfe Sambias eine Zwangsausweisung ruandischer Flüchtlinge aus dem Land ab und beklagen Missbrauch an Frauen und Kindern.

„Bisher waren unsere Beziehungen zur neuen Regierung stets herzlich“, so die Bischöfe, „Dabei möchten wir wiederholen, was wir bereits den vorherigen Regierungen gesagt haben. Unsere prophetische Stimme zur Fragen von nationalem Interesse, inspiriert sich an der Pflicht darauf hinzuweisen und dem Wunsch, dass eine Regierung sich für das Wohl des Landes einsetzt.“

Die Bischöfe begrüßen die Bemühungen der Regierung bei der Bekämpfung von Korruption, bitten jedoch auch um größere Anstrengungen zum Abbau der Vetternwirtschaft bei der Ernennung öffentlicher Führungskräfte. Zur Situation der ruandischen Flüchtlinge schreiben die Bischöfe, „Seit der Unabhängigkeit war Sambia stets eine Oase des Friedens in einer Konfliktregion. Deshalb wurde Sambia zu einem Zufluchtsort für Flüchtlinge. Wir sind besorgt, nachdem uns Klagen ruandischer Flüchtlinge erreichen, die berichten, dass das Innenministerium in Absprache mit dem UN-Flüchtlingshochkommissariat und eventuell auch mit der ruandischen Regierung, Flüchtlinge aus Ruanda zwangsausweisen will.“

In einem Kommentar zu den sozialen Problemen des Landes beklagen die Bischöfe vor allem Gewalt gegen Frauen und Kinder, die sie als „ungehörige und unmenschliche Handlung“ bezeichnen. Besondere Sorge bereite weiterhin auch die Verbreitung von Aids und HIV, die „ganze Familien zerstören und unsere Überleben sowohl als Land als auch als Kontinent bedrohen“.

Auf wirtschaftlicher Ebene wünsche sich die Bischöfe eine bessere Verteilung der Reichtümer des Landes und beklagt die Ausbeutung der Bodenschätze. „Wir wissen, dass häufige Streiks und Unruhen Symptome für Unzufriedenheit und Ungerechtigkeit am Arbeitsplatz sind“, klagen die Bischöfe weiter, die abschließend fordern: „Wir müssen eine Tendenz stoppen, die Anfang der 90er Jahre mit der Liberalisierung der Gewerkschaften begann, die unerwünschte Konsequenzen mit sich brachte, wie zum Beispiel die Schwächung der Arbeiterorganisationen“. (LM) (Fidesdienst, 30/01/2012)